

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 46 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 16. November 1917

**Inhalt.** Vertragsleistung. — An die zur Arbeit beurlaubten und vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder! — Auf zur Urabstimmung. — Wohnungswesen und Arbeiterschaft. — Beitragserhöhung in den Gewerkschaften. — Die Stellung der Gewerkschaften zur weiblichen Erwerbsarbeit. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 18. bis 24. November 1917 ist der 47. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

An die zur Arbeit beurlaubten und vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder!

In fast allen Gewerkschaften wird lebhaft Klage darüber geführt, daß Mitglieder, die zur Arbeit beurlaubt sind, d. h. sich im Militärverhältnis befinden, aber ebenso entlohnt werden wie jeder andere Arbeitnehmer, sich weigern, Beiträge an ihre Berufsorganisation abzuführen. Diese Abstinenz hat auf jeden Fall schädliche Folgen. Denn alle Mitglieder, die erwerbsfähig sind und in Arbeit stehen, haben auch die Verpflichtung dem Verbands gegenüber zu genügen. Wer sie veräußert, geht seines Anrechts auf die vom Verbands gewährtesten Unterstützungen und sonstiger Rechte verlustig. Auch die vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder handeln in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich innerhalb sechs Wochen nach der Entlassung bei der zuständigen Ortsverwaltung anmelden. Sich später Meldende werden wie Neueingetretene behandelt.

**Auf zur Urabstimmung.**

Nur noch 14 Tage trennen uns von dem Zeitpunkt, an welchem die stimmberechtigten Mitglieder mit dem Fragezettel entscheiden sollen, ob sie gewillt sind, die Finanzkraft des Verbandes durch erhöhte Beitragsleistung zu stärken.

Wie vorauszusehen war, gab die Bekanntmachung der Verbandsleitung zwecks Urabstimmung vom 1. bis 3. Dezember dankbaren Gesprächsstoff in den Werkstätten und lenkte die Versammlungsbesucher auf die bevorstehenden Aufgaben des Verbandes. Soweit uns Berichte und Meinungsäußerungen zugegangen sind, waren sie mit verschwindend wenig Ausnahmen für die geforderte Beitragserhöhung gestimmt. Die vereinzelt laut gewordenen Bedenken, in Rücksicht auf die im Wehrdienst stehenden Mitglieder von einer Beitragserhöhung abzusehen, hat kein Echo bei unseren Frontkollegen gefunden. Nicht ein einziger Brief, nicht eine Bemerkung, die sich als gegnerische deuten ließe, ist von unseren Feldtrauen eingegangen. Von

einer zarten Rücksichtnahme auf die hoffentlich bald heimkehrenden Krieger, in puncto Beitragsleistung, braucht sich also kein Dabeimgebliebener leiten lassen. Ebenso hinfällig sind die Einwände, hohe Beiträge erschweren die Agitation, vermindern die Werbekraft. Wäre das richtig, dann hätten die Gewerkschaften zu den Zeiten, als sie noch 10 Pf. Wochenbeiträge erhoben, wahre Glanzleistungen vollbringen müssen. Wer aber nur oberflächlich mit der Gewerkschaftsgeschichte vertraut ist, weiß zur Genüge, daß erst nach der Zeit, als die Verbände zu höheren Beiträgen übergingen, der Mitgliederstand größer und konstanter wurde, demzufolge sie auch von Erfolg zu Erfolg schritten. Des weiteren ist es doch feststehende Tatsache, daß gerade die Verbände mit den höchsten Beiträgen auch in bezug auf die prozentuale Zugehörigkeit der Berufsgenossen zum Verbands an erster Stelle stehen.

Je höher die Beiträge der Mitglieder, desto mehr kann der Verband auch leisten. Die Erfolge einer Gewerkschaft, die Kraft, sie dauernd zu erhalten und von Zeit zu Zeit zu verbessern, sind die besten Werbemittel und am ehesten geeignet, dem leidigen Mitgliederwechsel zu steuern. Von diesem Grundsatz ausgehend, sind auch die Beiträge in unserem Verbands von Generalversammlung zu Generalversammlung erhöht worden. Wäre die in München für das Jahr 1915 in Leipzig anberaumte Generalversammlung abgehalten worden, so hätten unsere Mitglieder schon zwei Jahre höhere Beiträge gezahlt. Durch den Krieg ist der Geldwert gesunken, die geldfordernden Aufgaben des Verbandes sind gestiegen. Eine Verbandsleitung, die hier einen Ausgleich zu schaffen veräußert, versteht nicht die Zeichen der Zeit und wäre unfähig, das Verbandschiff durch alle ihm drohenden Stürme und Klippen zu lenken. So sehen wir auch, daß in fast allen freien Verbänden, teils durch Generalversammlungen, teils durch statutenmäßig festgelegte Rechte der Vorstände oder durch Urabstimmungen höhere Beiträge gefordert und vielfach auch schon gezahlt werden.

Die Leitung unseres Verbandes hat aus den Erfahrungen des Krieges darauf verzichtet, von ihrem Recht, Extrabeiträge einzuführen, Gebrauch zu machen und hat es vorgezogen, die Mitglieder selbst entscheiden zu lassen.

Wenn Vorstand und Ausschuß die Erhöhung des Verbandsbeitrages in Vorschlag brachten, so ließen sie sich in erster Linie von dem Gesichtspunkt leiten, das Beste für die Mitglieder zu wollen. Eine etwaige Ablehnung des zur Urabstimmung gestellten Antrages entscheidet nicht über das Schicksal des Verbandes, wohl aber über seine spätere Leistungsfähigkeit den Mitgliedern gegenüber. Ein erhöhter Kassenbestand liegt lediglich im Interesse der Mitglieder. Wie weit dies von ihnen erkannt ist, soll die Urabstimmung ergeben. Sie ist ein Gradmesser über die gewerk-

schaftliche und sozialpolitische Reife der Mitglieder. Es kommt darauf an, wieviel Mitglieder von dem Urrecht der Demokratie Gebrauch machen und wieviel begriffen haben, was auf dem Spiele steht. Ob die Sattler und Portefeuille 15 Pf. die Woche mehr oder weniger ausgeben, spielt für sie jetzt und auch voraussichtlich in den nächsten Jahren eine nur untergeordnete Rolle. Die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen ist feststehend. Es kommt also nur auf das Wollen an. In dieser Beziehung hegen wir die beste Zuversicht. Was wir befürchten, ist, daß viele Mitglieder mit dem zustimmenden Resultat schon rechnen und verneinen, auf ihre Stimme kommt es nicht an. Der Verband bekommt doch das, was ihm gehört.

Kollegen, Mitglieder, eine solche Auffassung ist falsch. Nicht sehr oft ist jedem Verbandsmitglied das Recht gegeben, seine Stimme direkt in die Waagschale zu legen. Wird diese Gelegenheit nicht völlig ausgenützt, so besteht die Gefahr, daß dieses Recht veräußert und schließlich ausgeschaltet wird. Wer also für die weitere Ausgestaltung demokratischer Rechte ist, wer sie wirksam verteidigen will, der beteilige sich an der Urabstimmung und fordere die ihm bekannten Verbandsmitglieder auf, das gleiche zu tun.

**Wohnungswesen und Arbeiterschaft.**

Wer die Kulturhöhe eines Volkes richtig beurteilen will, der zieht neben dem allgemeinen Bildungsstand der großen Volksmassen ganz besonders auch den Stand ihres Wohnungswesens als Maßstab heran. Eine wirklich hohe Kultur kann ein Volk in seiner Gesamtheit nur dann haben, wenn es körperlich und geistig gesund ist, und körperlich und geistig gesund kann ein Volk wieder nur sein und bleiben, wenn es neben guter und genügender Nahrung und Kleidung auch genügend gesunde Wohnungen hat. Wer in engen, dunklen und schmutzigen Räumen haust, in die vielleicht das ganze Jahr kein Sonnenstrahl fällt, der muß mit der Zeit an Körper und Seele Schaden leiden und schließlich elend zugrunde gehen, ähnlich, wie die Blume zugrunde geht, die man aus einem hellen, sonnigen Zimmer in dumpfe und lichtlose Räume verpflanzt.

Welch große Bedeutung dem Wohnungswesen für die Volksgesundheit zukommt, dafür liefert uns die Statistik einen eindringlichen Beweis. In Berlin z. B., das besonders im Norden und Osten der Stadt zahlreiche ungesunde Massenmietshäuser mit geradezu gesundheitsgefährlichen Keller- und niedrigen Hofwohnungen hat, wurden vor dem Kriege von je 100 stellungspflichtigen jungen Männern nur 31,9 als militärtauglich befunden, gegen 58,9 in den ländlichen Bezirken. Die Militärtauglichkeit in den ländlichen Bezirken war also nahezu doppelt so groß, wie in der Großstadt Berlin. Nach Feststellungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind die Lungenerkrankungen bei ihnen in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern aus dem Gewerbebetriebe der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker um 15 bis 20 Proz. höher als bei ihnen von außerhalb zugezogenen Mitgliedern. Nach dem statistischen Jahrbuch des preussischen Staates starben auf je 10 000 Einwohner an Tuberkulose: in Ostpreußen 11,9, in der Provinz Brandenburg 13,4 und in Berlin 20 Ein-

wohner. Die starke Kindersterblichkeit in den großstädtischen Massenwohnquartieren, besonders in den Seitenflügeln ohne Querlüftung, ist allgemein bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1000 Geburten durchschnittlich 170 Säuglinge sterben, steigt die Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen auf 350 und mehr.

Diese Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, zeigen besser als viele Worte, welchen Einfluß das Wohnungsweisen auf die Volksgesundheit hat. Gute und gesunde Wohnungen sind geradezu die Voraussetzung für die Gesundheit des Volkes. Darum ist jeder Volksgenosse, soweit er nicht als Hausbesitzer oder Grundrentner von volksschädigendem Eigennutz geleitet wird, und darum ist auch das Volksganze, der Staat, an dem Vorhandensein ausreichender, guter und gesunder Wohnungen interessiert. Denn nur ein körperlich und geistig gesundes Volk ist auch zugleich ein wehrhaftes Volk, und nur ein solches Volk wird in der Weltwirtschaft den Wettbewerb anderer Völker aushalten können.

Ist aber der Staat und jeder einzelne Volksgenosse an der Verbesserung unseres Wohnungswezens interessiert, so sind dies die Arbeiter in ganz besonderem Maße. Denn sie sind es ja, die unter dem bestehenden Wohnungselend am allermeisten zu leiden haben. Infolge ihres oft recht geringen Einkommens können sie für eine Wohnung niemals so viel zahlen wie andere, besser gestellte Schichten des Volkes. Darum bleiben für sie stets die kleinsten, billigsten und natürlich auch schlechtesten Wohnungen übrig. Besteht eine Wohnungsnappheit, was ja leider in sehr vielen Orten schon in normalen Zeiten die Regel ist, so müssen für die schlechtbezahlten Arbeiter nicht selten Räume als Wohnung dienen, die dazu völlig ungeeignet sind: dumpfe, muffige Keller, in denen das blühendste Leben verwehlt, feuchte Hofwohnungen voller Ungeziefer, kalte und zugige Bodenräume. Diese Wohnungen sind dann in der Regel auch noch überfüllt; denn ihre Mieter sind nicht selten kinderreiche Familien, die für eine Wohnung noch weniger ausgeben können, als die mit weniger Kindern „gesegnete“ übrige Arbeiterschaft. Oder sie sind gezwungen, einen Teil ihrer Wohnung an Schlafbrüder oder „Chambregarnisten“ abzuvermieten. Während eine vierköpfige Familie neben der Küche mindestens zwei, für mehr Personen mindestens drei ordentliche Wohnräume haben müßte, wohnen in Berlin 600 000 Menschen so, daß auf mehr als vier Personen nur ein einziges heizbares Zimmer kommt. In Posen schlafen 26 000 Personen zu sechs und mehr in einem einzigen Raum; mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Posens muß sich mit einem einzigen Wohnraum behelfen. Nicht viel besser ist es in manchen anderen Städten.

Das sind Zustände, die des deutschen Volkes nicht würdig sind, und deren Beseitigung alle Freunde des Volkes, ganz besonders aber die Arbeiter, anstreben müssen. Es ist dringend notwendig, daß man nach dem Kriege endlich unser Wohnungsweisen gründlich reformiert und dafür sorgt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so wohnen kann, wie es eines Kulturvolkes vom Range des deutschen allein würdig ist. Dazu ist vor allem nötig, daß das von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Reichswohnungs-gesetz endlich erlassen wird, daß man ein Reichswohnungsamt und kommunale Wohnungsämter einrichtet, und daß man für regelmäßige Wohnungs- und Leerwohnungs-zählungen sowie für eine dauernde Wohnungskontrolle Sorge trägt.

Aber nicht nur an guten Wohnungen ist die Arbeiterschaft stark interessiert; ihre Wohnungen sollen außerdem auch billig sein. In den letzten Jahrzehnten sind die Häuser und Wohnungen immer mehr zu Waren geworden und die Wohnungsmieten andauernd gestiegen, und gerade diese Mietsteuerung hat die Masse der Arbeiterschaft und der kleinen Beamten zur stärksten Einschränkung im Wohnen gezwungen. Hervorgehoben wird die Mietsteuerung nicht, wie von den Hausbesitzern und ihrer Presse so oft behauptet wird, durch die „hohen“ Arbeitslöhne, sondern in erster Linie durch die wahnsinnige Spekulation mit Häusern wie mit Grund und Boden, sowie durch das Profitstreben der privaten Wohnungsersteller und Hausbesitzer. Wenn für Bauplätze, die vielleicht vorher gar keinen Nutzwert hatten, märchenhafte Preise bezahlt werden müssen, wenn die Unternehmer beim Bau möglichst viel profitieren wollen, wenn ein Haus alle paar Jahre seinen Besitzer wechselt und jeder neue Käufer von den Mietern immer wieder gut leben und beim Verkauf wieder verdienen will, so ist eine Mietsteuerung einfach unausbleiblich. In vielen Orten haben die an teuren Wohnungen interessierten Kreise einen Wohnungsmangel geradezu künstlich herbeigeführt, um die Mieten nach Belieben steigern zu können.

Diesem Treiben ist mit Aussicht auf Erfolg nur durch die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen durch die gemein-

nützige Bautätigkeit entgegenzuwirken. Denn mit den Wohnungspreisen ist es heute genau wie mit den Preisen anderer Waren auch: ist das Angebot stärker als die Nachfrage, so drückt das Ueberangebot auf den Preis, ist dagegen die Nachfrage stärker als das Angebot, so steigen die Preise rasch über den wirklichen Wert. Von den Nutznießern des alten Hausbestandes ist in dieser Beziehung keine Hilfe zu erwarten. Diese Leute werden sich nicht die Mülle verstopfen, aus der ihnen der Goldstrom sprudeln soll.

Die Arbeiter sind fast durchweg auf Kleinwohnungen angewiesen. Sie müssen deshalb auf die Herstellung von Kleinwohnungen auch besonderen Wert legen. In diesen Wohnungen hat es aber schon vor dem Kriege in vielen Orten gefehlt. In einzelnen Orten war die Kleinwohnungsnot so groß, daß die Behörden durch die Vergabe von Stiftingswohnungen dem Uebel abhelfen mußten. Während des Krieges haben sich auf dem Gebiete des Kleinwohnungswezens ganz besonders unangünstige Verhältnisse entwickelt. Die Wohnungsbautätigkeit ist schon in den ersten beiden Kriegsjahren sehr stark eingeschränkt worden. Im letzten Jahr hat sie fast ganz geruht. In 45 deutschen Städten sind im Jahre 1916 nach einer Uebersicht des Reichslich statistischen Amtes nur 1039 Wohngebäude mit 5015 Wohnungen errichtet worden, gegen 9507 Wohngebäude mit 64 107 Wohnungen im Jahre 1912. Seit einiger Zeit ist die Wohnungsbautätigkeit durch die Generalkommandos fast ganz unmöglich gemacht, weil man die noch vorhandenen Arbeitskräfte und Baustoffe zur Ausführung der nötigen Kriegsbauten braucht. Durch all das tritt ein gewaltiger Ausfall an Neuwohnungen ein, ein Ausfall, den man erst ermessen kann, wenn man bedenkt, daß Deutschland in Friedenszeiten für seinen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 bis 900 000 Menschen alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen brauchte, abgesehen von dem Abgang an alten und unbrauchbar gewordenen Wohnungen. Der Kleinwohnungs-mangel nimmt denn auch in manchen Orten heute schon gefährliche Formen an, besonders in manchen Garnisonstädten und in Orten mit starker Kriegs-industrie. Dabei wirken dem Wohnungsmangel während des Krieges manche Dinge entgegen, besonders die Auflösung von Haushaltungen für die Dauer des Krieges und die Uebersiedelung von Kriegerfamilien zu Verwandten.

Gericht aber in manchen Orten schon heute ein Mangel an Kleinwohnungen, so ist nach dem Kriege geradezu eine gefährliche Kleinwohnungsnot zu befürchten, wenn es nicht gelingt, bis zur Rückkehr der Kriegsteilnehmer genügend neue Wohnungen zu schaffen. Denn es werden dann nicht nur viele aufgelöste Haushalte wieder gegründet werden, sondern auch die vielen Kriegsgeliebten wollen Wohnungen haben. Da wird es selbst in solchen Städten hapern, wo heute noch ein großer Prozentsatz von Kleinwohnungen leersteht. Ist doch z. B. in München festgestellt worden, daß den dort im Spätherbst 1916 gezählten 3753 leerstehenden Kleinwohnungen schon damals 7868 Kriegstraungen gegenüberstanden. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen, ohne daß eine nennenswerte Zahl von Wohnungen gebaut worden sind, während die Zahl der Kriegstraungen andauernd zugenommen hat. Und der Krieg ist noch immer nicht zu Ende. Wenn er zu Ende geht, werden weitere Hunderttausende Ehen von jungen Leuten geschlossen werden, die während des Krieges das heiratsfähige Alter erreichen und die dann ebenfalls Wohnungen haben müssen. Dazu kommt, daß nach dem Kriege viele Mieter aus größeren in kleinere Wohnungen übersiedeln werden, weil die sicher auch nach dem Kriege noch anhaltende allgemeine Teuerung in erster Linie zur Einschränkung auf dem Gebiete des Wohnwezens zwingt. Der Ausfall von Wohnungsmietern durch die auf den Schlachtfeldern Gebliebenen wird demgegenüber kaum ins Gewicht fallen; denn soweit diese verheiratet waren, müssen ja in der Regel auch ihre Familien Wohnungen haben. Auch diese Familien werden höchstens aus größeren in kleinere Wohnungen übersiedeln und dadurch die bestehende Kleinwohnungsnot noch vermehren. Da besteht dann nicht nur die Gefahr, daß zahlreiche Ehepaare keine Wohnung bekommen können; die Hausbesitzer werden die dann eintretende Wohnungsnot auch rückwärtslos zur Steigerung der Mieten ausnutzen. Schon längst bereiten ja sie und ihre Vereine die Öffentlichkeit darauf vor, daß Mietsteigerungen „bis zu 35 Proz. nötig seien, und wenn nicht in manchen Orten die Generalkommandos eingegriffen hätten und wenn nicht das gegenseitige Wirken der Mietseineinigungsämter wäre, so könnten die Mieter schon während des Krieges ihr blaues Wunder erleben! Die Arbeiterschaft kann aber weder jetzt noch nach dem Kriege eine nennenswerte Verteuerung der Mieten ertragen.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues ist also dringend notwendig, wenn es nicht nach dem Kriege zu gefährlichen Zuständen auf dem Gebiete des Wohnungswezens kommen soll. Und da nach dem Kriege vom privaten Wohnungsbau nicht viel zu erwarten

ist, da es weiter auch an Geld zum Bauen fehlen wird, so muß die gemeinnützige Wohnungsbautätigkeit mit allen Kräften gefördert werden. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden müssen entweder selbst Kleinwohnungen bauen oder aber der gemeinnützigen Bautätigkeit durch Aufschliebung von Bauland, Vergabe billigen Baugeldes, Beschaffung billiger Hypotheken usw. unter die Arme greifen. Auch ist der Ausbau des Verkehrswesens zu fördern, damit die großstädtischen Arbeiter mehr als bisher die Möglichkeit der Ansiedlung in Vororten und ländlichen Gebieten erhalten. Ferner können und müssen die Träger der deutschen Arbeiterversicherung: die Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und andere gemeinnützige Anstalten den Kleinwohnungsbaue durch Vergabe von Geldern fördern. Und schließlich kann auch die Geeseresverwaltung den Kleinwohnungsbaue fördern, indem sie der gemeinnützigen Bautätigkeit sofort nach Friedensschluß die große Menge der an der Front befindlichen Baustoffe für billigen Preis zur Verfügung stellt.

Alles in allem ist die Lösung der Wohnungsfrage, deren Umfang hier nur kurz angedeutet werden konnte, nur ein Teil der nach dem Kriege notwendigen allgemeinen Neuordnung. Es wird Aufgabe der wirtschaftlichen und politischen Vertretungen der Arbeiter sein, an dieser Neuordnung tatkräftig mitzuwirken. Je stärker die Arbeiterschaft durch festen Zusammenschluß in ihren Organisationen ist, um so besser werden die Arbeiter sowohl bei der Lösung der Wohnungsfrage wie bei der allgemeinen Neuordnung im Reich fahren.

### Beitrags-erhöhung in den Gewerkschaften.

Als Ergänzung unseres vorwöchigen Spitzenartikels können wir noch anführen, daß auch der Verband der Kupfer- und Zinnindustrie beabsichtigt, eine Erhöhung der Beiträge durchzuführen. Der Verbandsvorstand unterbreitet den Mitgliedern einen Vorschlag, wonach vom 1. Januar 1918 an der Verbandsbeitrag dadurch von 65 auf 80 Pf. pro Woche erhöht wird, daß 15 Pf. von dem jetzt erhobenen Extrabeitrag von 50 Pf der Hauptkassse gutgeschrieben werden. Dafür soll die Reise- und die Arbeitslosenunterstützung sowie die Streik- und Gemäßigtenunterstützung erhöht, die Krankenunterstützung aber auf dem jetzigen Stand gelassen werden. Die Vorschläge sollen, nachdem sie in einer Konferenz des Vorstandes und des Ausschusses mit den Bezirksleitern durchberaten wurden, den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden. Diese findet in der Zeit vom 15. November bis 15. Dezember statt.

Im „Korrespondent“ des Verbandes der Gut- und Filzwarenarbeiter wird die Frage der Beitrags-erhöhung angeschnitten. In welcher Weise sie gelöst werden soll, sollen die Mitglieder entscheiden und geeignete Vorschläge machen, damit, wenn die beschlußfassenden Organe zusammentreten, schon alle Mitglieder von der Notwendigkeit der Beitrags-erhöhung überzeugt sind. Den Wegnern einer Beitrags-erhöhung schreibt das genannte Fachorgan folgende Sätze ins Stammbuch:

„Mit der Ueberzeugung über die Notwendigkeit der Beitrags-erhöhung hat es ja seinen Hafen. Schon über die sehr geringe Erhöhung der Lokalbeiträge ist von diesem und jenem Mitglied arg der Staub gebrochen worden. Diese Mitglieder gebärden sich, als gäben sie mit 5 oder 10 Pf. mehr Beitrag die Woche immer ein Jahr ihres Lebens dahin. So sehr schwer fällt es ihnen, und mancher spielt im Grund seines Herzens mit dem Gedanken, um die Ausgabe für den Verband zu sparen, diesem den Rücken zu kehren. Dabei ist auch ihnen allen klar, daß nur durch die Zugehörigkeit zur Organisation und durch diese eine Sicherung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglich ist. Aber trotzdem! Ueber jeden Pfennig mehr Verbandsbeitrag wird gezetert, obwohl er nur im eigenen Interesse gegeben und durch den Verband im Interesse der Mitglieder verwendet wird. Gewiß ist die Zahl der so Denkenden nicht groß. Aber daß es überhaupt noch solche Geister gibt, die den Verbandsbeitrag als drückende Ausgabe betrachten, ist Anlaß, ein solches Gebären zu kennzeichnen.“

### Die Stellung der Gewerkschaften zur weiblichen Erwerbsarbeit.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die weibliche Erwerbsarbeit, die während des Weltkrieges einen ungeheuren Umfang angenommen hat, in der künftigen Friedenszeit nicht wieder verschwinden, vielmehr zu einer dauernden Einrichtung werden. Unser Wirtschaftsleben, das zahlreicher männlicher Arbeitskräfte beraubt worden ist, kann die weibliche Arbeitskraft nicht mehr entbehren, wenn alle die Schäden geheilt werden sollen, die der Krieg unserem Volkstörper zugefügt hat. Unsere Frauen und Mädchen selbst werden teils freiwillig, teils ge-



zungen auch fernerhin in den Betrieben arbeiten: sei es, daß sie sich an ihre Tätigkeit gewöhnt haben und darin ihre Befriedigung finden, sei es, daß sie durch den Lohn und die dadurch gewährleistete wirtschaftliche Unabhängigkeit angelockt werden, sei es, daß ihnen die Möglichkeit fehlt, im eigenen Hauswesen tätig zu sein, sei es, daß der Zwang zum Mitverdienen sie aus dem Hause treibt. Die Arbeitgeber (private wie staatliche) werden dieser Entwicklung freudig zustimmen, weil sie in den Frauen und Mädchen billige und willige Arbeitskräfte erblicken. Schon heute kann man in der Arbeitgeberpresse Äußerungen führender Personen lesen, daß Deutschland nur mit billigen Waren den Weltmarkt wieder erobern könne, und daß die wichtigste Voraussetzung einer billigen Warenerzeugung die Verwendung billiger Arbeitskräfte sei. Diese billigen Arbeitskräfte seien vorhanden, es sei lediglich nötig, die arbeitswilligen Frauen und Mädchen den Männern gegenüber als Konkurrenz auszuspielen. Und der Staat macht als Arbeitgeber darin keine Ausnahme.

Offenbar wird die weibliche Berufsarbeit manche Veränderungen in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben mit sich bringen. Es wird auf die Dauer nicht angehen, den erwerbstätigen Frauen und Mädchen eine doppelte Arbeitslast aufzuerlegen. Und das würde dadurch geschehen, daß man ihnen neben der häuslichen Arbeit, die die meisten von ihnen zu verrichten haben, auch noch die volle Arbeit der Männer aufbürdet. Mit der weiblichen Berufsarbeit verhält es sich nämlich ganz anders als mit der der Männer. Hat ein Mann seine Berufsarbeit hinter sich, so ist er sein freier Herr, er kann sich ausruhen oder einer Liebhaberei widmen. Kommt eine Frau von der Arbeit nach Hause, so warten auf sie allerlei Beschäftigungen, sie muß das Hauswesen besorgen, die Familie mit Nahrung versehen, die Kinder warten, die Wohnung reinigen, Kleidung und Wäsche instand setzen und was der Arbeiten noch mehr sind. Das können die Frauen auf die Dauer nicht aushalten, wenn sie nicht körperlich und geistig und seelisch zugrunde gehen sollen. Hinzu kommt auch noch, daß unsere Frauen und Mädchen als Geschlechtswesen auch noch wichtige Aufgaben sozialer und kultureller Art zu erfüllen haben. Sie sind die Trägerinnen und Schöpferinnen der kommenden Geschlechter, sie bergen die Zukunft unseres Volkes in ihrem Schoße, auf ihnen beruht die Hoffnung eines künftigen Aufstieges zur Höhe. Aber wie könnten sie diese Aufgabe lösen, wie könnten sie gesunde, kräftige Kinder in die Welt setzen und aufziehen, wenn sie dauernd mit schwerer Berufsarbeit überbürdet sind? Da bleibt denn nichts anderes übrig, als daß man ihnen die Arbeitsmühe erleichtert, indem man sie von der Hausarbeit möglichst entlastet und andererseits die auf ihnen ruhende Erwerbsarbeit vermindert. Wenn man die Wirkung der weiblichen Berufsarbeit während des Krieges auf unsere Frauen und Mädchen beobachtet, so kann man gar keinen Zweifel mehr hegen, daß unser Wirtschaftsleben auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. Es ist einfach ein Umding, in den Betrieben die weiblichen Arbeitskräfte mit den männlichen gleichstellen zu wollen; wer beide mit gleicher Arbeit belastet, der begeht ein Verbrechen an der Gesundheit und dem Wohle des Volkes. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen werden müssen, mag dahingestellt bleiben, für uns kommt es einstweilen nur darauf an, auf die verhängnisvollen Folgen der überhandnehmenden Frauen- und Mädchenarbeit hinzuweisen.

Für die männlichen Arbeiter bietet diese Frage natürlich ein lebhaftes Interesse. Nicht nur als Volksgenossen sind sie daran interessiert, daß an der Kraft und der Zukunft unseres Volkes kein kapitalistischer Raubbau getrieben wird, auch als Arbeiter kann es ihnen nicht einerlei sein, wie das Unternehmertum mit der weiblichen Arbeitskraft umspringt. Die denkenden Arbeiter haben nichts dagegen, daß ihre Volksgenossinnen sich berufsmäßig betätigen, aber sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß man sie als Schmutzkonkurrentinnen mißbrauchen will. Darum fordern sie für beide Gruppen dieselben Lohnbedingungen bei gleicher Arbeitsleistung, um dem Ausbeutertum den Anreiz zu nehmen, die weiblichen Arbeitskräfte als Lohnrückerinnen gegen die männlichen auszuspielen. Von den Frauen und Mädchen fordern sie, daß sie sich als Kolleginnen und Kameradinnen betätigen und Schulter an Schulter mit den Männern um eine bessere Lebenshaltung kämpfen. Offenbar besteht die Gefahr, daß ein erbitterter Kampf der Geschlechter entbrennt, aus dem lediglich das Unternehmertum Vorteile ziehen, die Arbeiterklasse aber geschwächt hervorgehen würde, und dem muß von Anfang an vorgebeugt werden. Zu dem Zwecke ist es unbedingt nötig, daß Männer und Frauen und Mädchen eines Berufes, in ein und derselben gewerkschaftlichen Organisation vereinigt, gemeinsam ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen ver-

treten. Das Verben für die Gewerkschaft ist also eine wichtige Aufgabe für die Männer und der Beitritt zur Gewerkschaft ist die wichtigste Pflicht der Frauen und Mädchen. Schon heute sind die deutschen Gewerkschaften eifrig bemüht, für die weiblichen Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und sie werden dies um so eher erreichen, je mehr sich die Frauen und Mädchen der Organisation anschließen.

Wir wissen alle, wie schwer es ist, die weiblichen Personen für die Gewerkschaft zu gewinnen. Hier spielt die Niedrigkeit und der Mangel an Gewöhnung eine Rolle, auch betrachten die meisten Frauen und Mädchen ihr Arbeitsverhältnis nur als eine vorübergehende Erscheinung, der sie je eher je lieber den Rücken kehren. Deshalb halten sie es für zwecklos, sich zu organisieren. Hier muß die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit einsetzen. Sie muß den Kolleginnen die Ueberzeugung beibringen, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt notwendig, daß aber diese Besserung nur durch eine starke, geschlossene Organisation aller männlichen und weiblichen Arbeitskräfte zu erreichen ist. Ferner muß der Wille der Frauen und Mädchen gestärkt werden, damit sie das, was sie als richtig erkannt haben, auch in die Tat umsetzen, damit sie den Mut der Ueberzeugung besitzen und selbst gegen den Willen ihres Unternehmers oder dessen Stellvertreters, des vorgeetzten Beamten, der Gewerkschaft angehören. Endlich drittens muß den erwerbstätigen Frauen und Mädchen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft eine Ehrensache ist und daß es bei unabhängigen Menschen als unehrenhaft gilt, die Erwerbschaften ihrer Gewerkschaft mit in Anspruch zu nehmen, selbst aber nichts dazu beizutragen. Das eigene Interesse und das Interesse aller Kolleginnen und Kollegen erfordert dringend die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft.

**Hus unferem Beruf.**

Die Lederzuschneidestellen. Außer den in Bayern bereits seit längerer Zeit mit bestem Erfolge arbeitenden Zuschneidestellen sind folgende Zuschneidestellen errichtet worden:

- a) Zuschneidestellen der Lederindustrie:
  - Altona G. m. b. H., Altona, Holtentwiete Nr. 50.
  - Barmen-Elberfeld G. m. b. H., Barmen, Brucherstraße 9/10.
  - Berlin A., Berlin S. 14, Dresdener Str. 82/83.
  - Berlin B., Berlin N., Spandauer Str. 23.
  - Berlin C., Berlin N. 37, Schwedter Str. 9.
  - Berlin D., Berlin S. O., Köpenicker Str. 10a.
  - Vielefeld G. m. b. H., Vielefeld, Königsstr. 56.
  - Breslau, Breslau, Graupenstr. 6—10.
  - Cöln G. m. b. H., Koisdorf b. Cöln.
  - Danzig, Danzig, Breite Gasse 128/129.
  - Erfurt, Erfurt, Wendenstr. 5.
  - Frankfurt a. M. G. m. b. H., Frankfurt a. M., Wiener Straße.
  - Offenbach a. M., Offenbach a. M., Ludwigstraße 59/61.
  - Freiberg i. Sa., e. B., Freiberg i. Sa.
  - Leipzig G. m. b. H., Leipzig-Neudnik, Gerichtsweg 5—7.
  - Karlsruhe, Karlsruhe i. B., Karl-Wilhelm-Straße 44/48.
- b) Lederzuschneidestellen für das Handwerk:
  - Breslau, Breslau, Neuschstr. 48.
  - Darmstadt, Darmstadt, Louisestr. 6.
  - Halle a. d. S. G. m. b. H., Halle a. d. S., Mittelstr. 2.
  - Hamburg G. m. b. H., Hamburg, Spadlingstraße 8.
  - Hannover e. G. m. b. H., Hannover, Neue Straße 8.
  - Stettin G. m. b. H., Stettin, Augustastr. 54.
  - Strasbourg G. m. b. H., Strasbourg, Regenbogengasse 16a.
  - Düsseldorf e. G. m. b. H., Düsseldorf, Friedriehstr. 26.
  - Dresden G. m. b. H., Dresden-N., Arnoldstraße 16.
- c) Lederzuschneidestelle (für Industrie und Handwerk):
  - Stuttgart G. m. b. H., Stuttgart, Rosenbergsstraße 120/122.

In diesen Zuschneidestellen soll der Zuschnitt für alle Lernerne bzw. leberhaltigen Ausrüstungsstücke, Geschirteile usw. hergestellt werden. Diese Zuschneidestellen unterstehen der Kontrolle des Leder-Zuweisungsamtes bzw. des Sächsischen oder Württembergischen Kriegsministeriums und erhalten ausschließlich von diesem ihre Anweisungen.

Die Lederversorgung der Zuschneidestellen ist in der Weise geregelt, daß die Lederproduktion der einzelnen Werbereien entweder im ganzen (1/1)

oder in Bruchteilen an die einzelnen Zuschneidestellen laufend zur Ablieferung gelangen soll.

Die bei den Gerbern noch vorliegenden sowie die in Zukunft an sie ergehenden besonderen Zuweisungen des Leder-Zuweisungsamtes sind vorweg zu beliefern.

**Verband der württembergischen Militäreffekten-Fabrikanten.** Mit dem Sitz in Stuttgart wurde nach dem Vorbild Bayerns und Badens ein „Verband der württembergischen Militäreffekten-Fabrikanten“, G. B., gegründet, dem bereits die große Mehrheit der württembergischen Militäreffektenfabrikanten als Mitglied beigetreten ist. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde der Fabrikant Willy Knoll-Stuttgart, zum stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikant Fr. Eckart in Ulm gewählt. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Herrn Dr. Rothe in Stuttgart.

**Korrespondenzen.**

**Elberfeld.** (G. 8. 11.) In einer sehr gut besuchten Versammlung nahmen am Sonntag, den 4. November, die Kollegen und Kolleginnen des Wuppertales Stellung zur Beitragserhöhung. Die einleitenden Ausführungen hierzu hatte Kollege Schneider übernommen. Er schilderte die Entwicklung unseres Verbandes, besonders der Klassenverhältnisse. In klaren Beispielen bewies er, daß unsere gegenwärtigen Klassenverhältnisse den kommenden Anforderungen nicht genügen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich auch nach dem Kriege nicht ändern. Groß seien die Anforderungen, die in der kommenden Friedenszeit auf sozialpolitischem wie wirtschaftlichem Gebiete an die Gewerkschaften gestellt werden. Hierzu kommt, daß die wirtschaftlichen Kämpfe nach dem Kriege umfangreicher und schärfer in Erscheinung treten werden. Eine Zusammenballung des Kapitals haben wir durch den Krieg zu verzeichnen. Seit längerer Zeit können wir die Fusionen in der Industrie beobachten. Auf der anderen Seite aber das Bestreben der Arbeitgeber, die Löhne zu senken. Wenn dies heute schon geschieht, wie wird es erst nach dem Kriege werden. Gegen die diesmalige Beitragserhöhung dürfte es überhaupt keine Gegner geben. Jeder Kollege, der wirtschaftlichen Einblick besitzt, muß sich sagen, daß es die höchste Zeit ist, die Beitragserhöhung vorzunehmen. Wenn Kollegen der Meinung sind, ein höherer Beitrag hindere uns in der Werbetätigkeit, so zeigt die Entwicklung unseres Verbandes gerade das Gegenteil. Auch der Einwurf, mit der Beitragserhöhung zu warten, bis unsere Feldgrauen wieder zurück sind, ist nicht maßgebend. Für unsere Feldgrauen Kollegen soll gerade durch die Beitragserhöhung gesorgt werden. Die Verdienste unserer Kollegen sind so, daß die Beitragsleistung möglich ist. Es gibt viele Arbeiter, denen die Verdienstmöglichkeit nicht geboten und die in ihrer Gewerkschaft höhere Beiträge leisten. Eine Anzahl Gewerkschaften besaßen sich gegenwärtig mit einer Beitragserhöhung oder haben sie zum Teil schon durchgeführt. Ueberall rüstet die Arbeiterschaft, um den kommenden Anforderungen gewachsen zu sein. Da dürfen auch wir nicht zurückstehen. Die Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen.

In der Diskussion wurde gewünscht, daß bei Annahme der Beitragserhöhung die Krankenunterstützung nach dem Statut wieder eingeführt werden soll. Folgende Entschlicung fand einstimmig Annahme:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Elberfeld-Barmen erkennt die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung an. Sie erwartet von den Kolleginnen und Kollegen, daß sie sich vollzählig an der Abstimmung beteiligen und ihre Stimme für Erhöhung der Beiträge abgeben.“

Die Versammlung ersucht den Zentralvorstand, bei Annahme der Beitragserhöhung die Krankenunterstützung in der alten Form wieder einzuführen.“

Bekanntgegeben wurde noch, daß die Urabstimmung für Elberfeld-Barmen am Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags von 4—6 Uhr, im Volkshaus in Elberfeld stattfindet. Für die Mitglieder in Remscheid findet sie am Samstag, den 1. Dezember, gleich nach Geschäftsschluß im Lokale „Zur Reichspost“ statt.

Um den Frauen unserer eingezogenen Kollegen eine Weihnachtsfreude bereiten zu können, sollen Sammellisten ausgegeben werden.

Eine anregende Debatte löste das Ueberhandnehmen der Heimarbeit aus, das sich bemerkbar macht, trotzdem auf den Werkstellen nicht alle Plätze besetzt sind. Recht krasse Fälle wurden geschildert. Unter anderem arbeitet ein junger Mensch von 19 Jahren, nicht gelernter Sattler, mit 5 jugendlichen Arbeitern, 3 Mädchen und 2 Jungen, unter dem Dach

in einem engen Raume. Eine derartige Produktionsweise kann zweifellos nicht im Interesse der Heeresverwaltung liegen. Es wurde daher verlangt, daß bei Beratung des neuen Tarifs energig auf die Befreiung der Mißstände, die sich aus der Heimarbeit und dem Zwischenmeisterystem ergeben, hingewirkt wird.

Mit einem Appell an die Anwesenden, stets für zahlreichem Besuch der Versammlungen und für den Ausbau der Organisation zu wirken, schloß der Vorsitzende, Kollege Jähler, die prächtig verlaufene Versammlung.

**Leipzig.** (E. 12. 11.) Die Versammlung am Freitag, den 2. November, setzte die Diskussion über den Antrag: Austritt aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell und Uebertritt zum neuen Kartell, fort. Der Vorsitzende legte die Gründe dar, welche die Ortsverwaltung veranlaßt haben, genannten Antrag zu stellen. Schon seit langer Zeit war von dem Kartellschluß eine Politik getrieben, womit sich die übergroße Mehrheit der hiesigen Mitglieder nicht einverstanden erklärte. Bisher hat der Redner immer noch abgewartet, diesen Schritt zu tun, um eine größere Spaltung in den Gewerkschaften zu vermeiden; jedoch hat sich gezeigt, daß es hauptsächlich die Sekretäre waren, die durch ihr Verhalten die Gewerkschaften schädigten. Gauweiler sprach gegen den Antrag und will der Sache ein politisches Mäntelchen umhängen. Er erklärt: was die Metallarbeiter und ein paar andere Gewerkschaften getan hätten, brauchen die Sattler nicht nachzumachen, auch hätten die Sekretäre ihre Pflicht getan. Zum Schluß seiner Ausführungen beantragt er schriftliche Abstimmung, was auch geschah. Ihm erwiderten sehr wirkungsvoll die Kollegen Döhler, Dajefe, Stöör und Brachfeld. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, aus dem alten Kartell auszutreten und zum neuen überzutreten. Hierauf gab Kollege Dajefe den Kassenbericht. An die Hauptkasse wurden im 3. Quartal 2629,90 Mk. gesandt. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt 10 878,98 Mk. Neuaufgenommen wurden im Quartal 296 Mitglieder, so daß am Schlusse des Quartals ein Bestand von 297 männlichen und 398 weiblichen Mitgliedern vorhanden war. Im Heeresdienst befinden sich 546 Kollegen. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Döhler den Vorschlag der Ortsverwaltung bekannt, wonach auch in diesem Jahre zu Weihnachten wieder eine Extratrunterstützung an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder gezahlt werden soll. Es sollen erhalten: Verheiratete 15 Mk. und Ledige 5 Mk. Um die Lokalkasse nicht allzu sehr anzugreifen, sollen abwechselnd dreimal Listen herausgegeben werden. Redner fordert die Mitglieder auf, sich hierbei opferwillig zu zeigen und ersucht um Zustimmung der vorgeeschlagenen Sätze. Die Versammlung beschließt einstimmig demgemäß. Nachdem die Kollegen Ehrhard, Hameister und Pauli bestimmt worden sind, die Urabstimmung wegen der Beitragserhöhung zu leiten, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Die nächste Sitzung des Zentraltarifamtes für das Lederausüstungsgewerbe**

findet Anfang Dezember statt. Um eine sachungsgemäße Behandlung der aufzustellenden Tagesordnung zu ermöglichen, sind schriftliche Anträge hierzu bis zum 24. November zu stellen. Die Arbeitgeber reichen ihre Anträge an die Geschäftsstelle der Vereinigung Deutscher Heeresfabrikanten, Berlin SW. 48, Zimmerstr. 3/4, ein; die Arbeitnehmer durch die Ortsverwaltung oder Gauleitung an den Kollegen Alfred Nibel, Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III.

**Rundschau.**

**IK. Die Nürnberger Tagung deutscher Arbeitgeberverbände.** Gleichzeitig mit dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Würzburg trafen sich im nahen Nürnberg die Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände. Aber sie tagten natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und der freizitliche Bericht in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ läßt nur ungefähr erkennen, womit man sich beschäftigt hat. Die Hauptfrage des Unternehmertums ist bekanntlich schon seit geraumer Zeit, wie man am besten die Löhne nach dem Kriege wieder heruntersuchen kann. Offenbar hat man über Lohnabbau in Nürnberg eingehend beraten; denn man hat zunächst beschlossen, Lohnstatistiken aufzunehmen. Ferner soll den Unternehmern Arbeitsnachweiser liebevolle Pflege zuteil werden; man will sie um keinen Preis bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung opfern. Im Mittelpunkt der Tagung scheint das Referat des Syndikus Dr. Tänzler über die Zukunftsaufgaben gestanden zu

haben. Tänzler fand einen Gegensatz zwischen der politischen Demokratie und dem Staatssozialismus und andererseits zwischen dem Staatssozialismus und dem Bethmannschen Programm „freie Bahn dem Tüchtigen“. Dieses Wort wird wohl von den Unternehmern nur nach Michaelis' Art verstanden: „so wie ich sie auffasse“. Tänzler benutzte nämlich dieses Wort als Hauptwort, um jede Monopolforderung zu bekämpfen. Jedenfalls rüstet sich das Unternehmertum zu großem Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete und entschuldigt schon im voraus seine Kampfstaffel mit den angeblichen sozialen „Ueberforderungen“ der Gewerkschaften.

**Adressenänderungen.**

Heilbronn. B. Karl Schab, Sichererstr. 23 I.

**Sterbetafel.**

Berlin. Am 8. d. M. verstarb der Geschirrsattler Josef Hänfel, 62 Jahre alt.  
Dresden. Am 28. Oktober starb unser treues Mitglied Paul Kühn im Alter von 36 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

Für die uns erwiesenen freundlichen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer  
**Silberhochzeit**  
sagen allen Kollegen den herzlichsten Dank.  
Dresden, im November 1917.  
Hermann Müller und Frau.

**Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.**

**Einladung**  
zu der am **Dienstag, den 27. November 1917, abends 8 Uhr**, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3, stattfindenden

**Ordentlichen Ausschusssitzung.**

- Tagesordnung:**
1. Protokollverlesung.
  2. Beschlussfassung über Vereinbarung betr. Durchführung der §§ 219, 220 und 222 der Reichsversicherungsgesetzgebung.
  3. Festsetzung des Voranschlages für 1918.
  4. Satzungsänderungen (§§ 20, Abs. 1, Ziffer 2 und 78, Abs. 2, Ziffer 6).
  5. Schaffung eines Baufonds.
  6. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung.
  7. Verschiedenes.
- Pünktliches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**  
Karl Gottesmann, Fr. Reese.  
Vorsitzender. Schriftführer.

**Verwaltungsstelle Offenbach a. M.**

**Mittwoch, den 7. November, abends 1/2 7 Uhr**, direkt nach Geschäftsschluss, in der Restauration „Zum Löwen“, Wilhelmplatz 7.

**Mitgliederversammlung.**

- Tagesordnung:**
1. Abrechnung vom 3. Quartal. — 2. Stellungnahme zur Beitragserhöhung. — 3. Beschlussfassung über die Urabstimmung. — 4. Die bevorstehende Bezirkskonferenz und Wahl der Delegierten zu derselben.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Vertrauensleute, für einen guten Besuch der Versammlung zu wirken.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Sattler**  
gesucht.  
**L. Estelmann, Fabrik für Heeresausüstung, Straßburg i. E., Trankgasse 9.**

**Schwarzes Wachstuch**  
verschiedene Posten hat abzugeben.  
**Schell, Elberfeld, Postfach 147.**

Gesucht wird:  
**1 Zuschneide- oder Sattlermeister**  
der Zuschnitte von Militärausüstungen bereits angefertigt hat, und große Erfahrungen besitzt. Ausführliche Angaben über die bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche sind zu richten an  
**Zuschneidestelle der Lederindustrie, Erfurt, Wendenstraße 5.**

**Sattler**  
für Werkstatt und Heimarbeit werden gesucht.  
Langdauernde Beschäftigung.  
**F. Fischer, Militäreffektenfabrik, Königsberg i. Pr. I, Fließstraße 23.**

**Leder-Zuschneider und -Zurichter**  
die auf Geschirre aus Leder- und Papierstoff gearbeitet haben, gesucht.  
**G. Leschen & Co., Fabrik f. Militär-Lederausüstung, Köln-Nippes, Geldernstr. 46.**

**Zuschneider, Stanzer**  
gesucht.  
**Zuschneidestelle der Lederindustrie Bielefeld, G. m. b. H., Bielefeld, Königstraße 56.**

**Sattler**  
auf Militärarbeit stellt sofort ein  
**Neolus Werke, Cassel.**

**Sattler**  
auf Militärarbeit (Zornister, Patronentaschen und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Richard Hänel, Militäreffektenfabrik, Dresden, Pillnicker Str. 5.**

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franco.

**Bett-Federn**  
Zarte Füllfedern p. Pfd. Mk. 2,—, Halbdaunen Mk. 3,—, do. zart und weich Mk. 3,75, Schleißfedern Mk. 3,—, Alle zart und weich.  
**Gänse-Federn**  
Feine weiße Halbdaunen Mk. 7,—, hochfeine sibirische Mk. 8,— b. Mk. 12,—, Schleißfedern Mk. 6,50, weich und daunenreich Mk. 7,50, graue Daunen, schwelend, Mk. 9,—, weißer Daunenflaum Mk. 12,— b. Mk. 20,—, 3—4 Pfd. f. eine Decke. Must. u. Katal. frei. Nichtgefallend Geld zurück. 60000 Kunden, 20000 Dankschreib. Bettfederngroßhandlung  
**Th. Kranesfuß, Kassel 175,**  
Aeltestes und größtes Versandhaus daselbst.